Andreas Liese

War alles ganz anders?

#355 Anmerkungen zur Geschichte der Brüderbewegung im Dritten Reich im Lichte neuerer Quellenfunde, Ein Forschungsbericht

Gestatten Sie mir zuerst eine kurze Vorbemerkung: Meine Forschungen gelten primär Problemen des NS-Herrschaftssystems; hier ist dann die NS-Religionspolitik gegenüber kleinen Glaubensgemeinschaften von besonderem Interesse. Dabei geht es um Konzeptionen und Maßnahmen der einzelnen, mit Sektenfragen befaßten Institutionen wie Gestapo, Sicherheitsdienst, Reichskirchenministerium u.a.; ihre Kooperation und Konkurrenz, letztlich um ihre – sicherlich auch unterschiedlichen – Kompetenzen; kurz: geklärt werden soll die Struktur der NS-Politik gegenüber kleinen Religionsgemeinschaften. Damit liegt der Schwerpunkt auf einer rein historischen Fragestellung. Dieser Fragenkomplex wird exemplarisch anhand einer bestimmten Glaubensgemeinschaft, nämlich der 'Christlichen Versammlung' untersucht.

Ich möchte Ihnen nun einige Gedanken zu zwei Aspekten dieser Thematik vortragen, die auch von kirchengeschichtlichem Interesse sind, und zwar 1. zu den Gründen für das Verbot der Christlichen Versammlung (zukünftig: CV) und dann 2. zum Charakter des Bundes freikirchlicher Christen (zukünftig: BfC).

Die 'Brüder', wie sich Angehörige der CV nannten, in England maßgeblich beeinflusst von John Nelson Darby¹, in Deutschland hauptsächlich durch Carl Brockhaus² geprägt, wollten eine Kirche neben den verfaßten Kirchen 'darstellen'³. Seit 1848/49 war man in die sog. offene und in die exklusive Richtung gespalten. Die exklusive Richtung, meistens als 'Christliche Versammlung' oder auch als 'Darbysten' oder auch als 'Christen ohne Sonderbekenntnis' bezeichnet, lehnte von ihrem Selbstverständnis her eine verfaßte Organisation ab; man verstand sich bis in die Zeit des Dritten Reiches hinein als eine Bewegung. Neben der ausgeprägten Ekklesiologie, die sich erheblich von der der traditionellen Freikirchen unterschied, wurde programmatisch eine radikale Absonderung gelehrt und in den ersten Zeiten der Bewegung auch vielfach praktiziert: Dabei ging es dann um eine Ablehnung von politischer Betätigung und kultureller Par-

1 Zur Person Darbys und seiner Theologie s. Erich Geldbach, Christliche Versammlung und Heilsgeschichte bei John Nelson Darby. Wuppertal 1971.

2 Zu Carl Brockhaus s. u.a. R.-E. Gerlach, Carl Brockhaus-ein Leben für Gott und die Brüder. Wuppertal/Zürich 1994; zur Brüderbewegung in Deutschland s. Ulrich Bister, Die Brüderbewegung in Deutschland von ihren Anfängen bis zum Verbot des Jahres 1937 unter besonderer Berücksichtigung der Elberfelder Versammlungen. Diss.theol. Marburg/L. 1983; G. Jordy, Die Brüderbewegung in Deutschland. 3 Bde., Wuppertal 1979/81/86.

3 Vgl. Geldbach (wie Anm. 1), S. 37.

tizipation – theologisch begründet mit der Konzeption einer Himmelsbürgerschaft des Christen. Diese abgesonderte Haltung der exklusiven Brüder wurde u.a. auch durch die konfessionskundliche Literatur der zwanziger und dreißiger Jahre bekannt gemacht⁴.

Die CV wurde am 13.4.1937 durch einen Erlaß des Reichsführers der SS und Chef der Deutschen Polizei aufgelöst und verboten. Schon Ende Mai wurde aber in einem Erlaß des Geheimen Staatspolizeiamtes (Gestapa) angeordnet, daß die Einziehung des Vermögens der CV bis auf weiteres eingestellt werden sollte. Am 3.6. teilte das Gestapa dann in einer Verfügung an die Staatspolizei(leit)stellen mit, daß eine Genehmigung zur Gründung eines Bundes freikirchlicher Christen erteilt worden sei.

Welche Gründe zum Verbot der CV und zur Gründung dieses Bundes führten und wie der Charakter dieser Organisation zu beurteilen ist, darüber gibt es in der Literatur meistens eine einhellige Meinung. Zwei Beispiele mögen hier genügen: So verweist Gerhard Jordy in einem Lexikonartikel über die 'Christliche Versammlung' darauf, daß die CV deshalb verboten worden sei, weil diese Gemeinschaft „jede Organisationsform“ ablehnen würde⁵. Auch in einer Selbstdarstellung der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden (von 1992) wird als Grund für das Verbot die „Organisationslosigkeit“ angegeben; die CV „konnte sich aber wenig später, für den Staat durchschaubar als 'Bund freikirchlicher Christen' organisiert, wieder zusammenfinden“⁶. Der entscheidende Grund für das Verbot – so der Tenor der meisten Darstellungen – war durch die fehlende Organisation und der damit verbundenen „Unkontrollierbarkeit“⁷ gegeben. Daß man seitens des NS-Regimes der CV eine staats- und lebensverneinende Haltung unterstellte, wird dann mehr als ein marginaler Sachverhalt angesehen.

Damit korrespondiert häufig die Einschätzung, daß der BfC nur als eine äußere organisatorische Angelegenheit anzusehen sei⁸. Schon 1945 hatten 'Brüder' hinsichtlich des BfC formuliert: Er sei kein „nationalsozialistisches Gebilde [...], sondern eine Institution rein religiöser Art“ gewesen.

4 Z.B. K. Algermissen, *Konfessionskunde*. Hannover 1930; P. Scheurlen, *Die Sekten der Gegenwart und neuere Weltanschauungsgebilde*. Stuttgart 1930.

5 G. Jordy, *Christliche Versammlung*. In: ELThG Bd. 3, Wuppertal/Zürich 1994, S. 2086-2089 (S. 2088).

6 DER BUND EVANGELISCH-FREIKIRCHLICHER GEMEINDEN. Eine Selbstdarstellung, hg. im Auftrage des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden KdöR von W. Bauer u.a., Wuppertal/Kassel 1992, S.51.

7 So Erich Geldbach, *Christliche Versammlung*. In: *Evangelisches Gemeindelexikon*, hg. v. Erich Geldbach u.a., Wuppertal 1986. S. 515 ff. (S. 516).

8 Vgl. K. Karrenberg, *Der Freie Brüderkreis. Ein Zweig der „Brüderbewegung“ in Deutschland*. In: U. Kunz (Hg.), *Viele Glieder – ein Leib. Kleinere Kirchen, Freikirchen und ähnliche Gemeinschaften in Selbstdarstellungen*. Stuttgart 1963, S. 266-282.

Die Frage ist nun: Bestätigt das Schriftgut der beteiligten Institutionen, das sich hauptsächlich in staatlichen Archiven befindet⁹, diese Sicht oder – so die etwas provokatorische Frage – war alles ganz anders?

1. Gründe für das Verbot der CV

Schon 1935 gab das Sicherheitshauptamt (Sicherheitsdienst der SS) an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin die Mitteilung weiter, daß die Darbysten „keine Obrigkeit [anerkennen]“ und deshalb nicht an „Wahlhandlungen“ teilnehmen würden.

Im März 1936 sprach sich die Geheime Staatspolizei für Verbotmaßnahmen gegenüber der CV aus. In der Begründung für den Sachverhalt, daß man von einem früheren positiven Gutachten hätte abrücken müssen, führte man aus, daß die ‘Christen ohne Sonderbekenntnis’, gegen die man ermitteln würde, mit der „Sekte ‘Darbysten’“ identisch sei.

Ein gutes Jahr später – nach dem vollzogenen Verbot der CV – beschrieb dann das Gestapa, was es unter Darbysmus verstand und weshalb er (der Darbysmus) – nach Ansicht des Regimes – verboten werden mußte. So heißt es in der Verfügung des Gestapa vom 3.6.1937 an die Staatspolizeistellen: „Die ‘Christliche Versammlung’ ist verboten worden, weil sich unter dem Einfluß der in ihr massgeblichen darbystischen Richtung, die jegliche positive Einstellung zu Volk und Staat verneint, verschiedentlich Bibelforscher und Marxisten zu ihr gefunden und sich als solche auch weiterhin betätigt haben“.

Die gleiche Begründung enthielt auch ein Schreiben der Berliner Staatspolizeistelle an Berliner Gruppen der CV.

Im gleichen Jahr ging ein Merkblatt des Sektenreferats des SD ausführlich auf die CV ein, das auch Verbotgründe benannte. Dieses Schriftstück sollte den regionalen SD-Stellen für ihre weitere Arbeit als Grundlage dienen und kann deshalb als eine maßgebliche Beurteilung der CV durch das Sicherheitshauptamt angesehen werden.

In diesem Dokument hieß es nun u.a., daß in der CV die Kultur als „weltlich“ und ‘unchristlich’ angesehen würde; der politische Bereich sei „ohne jegliches Interesse“ für diese Christen, „da die irdische Macht und ihre Gesetze Produkt des Satans“ seien. Wehrpflicht, Kriegsdienst und der Deutsche Gruß würden abgelehnt werden. Deshalb würde diese Gruppe ein „geeignetes Sammelbecken für unzufriedene Elemente und Marxisten“ darstellen und sei deshalb aufgelöst und verboten worden. Obwohl einige Vorwürfe auch eine verwandte Gruppe meinen könnten – v.a. wäre dies hinsichtlich der angeblichen Ablehnung des

⁹ Auf nähere Quellenbelege soll an dieser Stellen verzichtet werden. Für den interessierten Leser sei vermerkt, daß die Dissertation des Verfassers demnächst abgeschlossen sein wird. Hier kann man dann die entsprechenden Angaben finden.

Wehrdienstes zu sagen¹⁰ – ist die Richtung der Beschuldigungen klar zu erkennen: die CV ist vom Darbysmus entscheidend geprägt; unter Darbysmus wurde die Ablehnung der Teilnahme an Kultur und Politik im Selbstverständnis dieser Gruppe verstanden; aus diesem Grunde heraus kann diese Sekte Staatsfeinden wie Marxisten und Bibelforschern einen Unterschlupf bieten und muß deshalb notwendigerweise verboten werden.

Sehr deutlich kam dieser Sachverhalt in einem Schreiben des Gestapa an das Reichskirchenministerium zur Sprache, in dem auf die in der CV herrschende darbystische Richtung verwiesen wurde, die keine positive Einstellung zu Volk und Staat zulassen und die Bedeutung außerreligiöser Werte leugnen würde. Diese Ausrichtung würde Staatsfeinden die Möglichkeit geben, die 'Mitgliedschaft' in der CV als eine Tarnung für volksfeindliche Betätigung zu nutzen.

Wenn man diese Feststellungen mit Ermittlungen von lokalen Behörden vergleicht, dann fällt auf, daß letztere die CV oft viel positiver beurteilten. So ergaben Recherchen der Staatspolizeistelle Düsseldorf im Sommer 1936 über Wilhelm Brockhaus (Verlagsinhaber, Herausgeber der Zeitschrift 'Botschafter'), daß in den Schriften des Brockhaus – Verlages „die religiöse Anschauung der 'Gemeinschaft der Christen ohne Sonderbekenntnis'“ verbreitet werden würde. „Sie [d.h. diese Christen, d.Verf.] sind bisher nicht gegen den Staat gerichtet gewesen“. Brockhaus würde sich loyal zum NS-Staat stellen. Diese Beurteilung wurde auch an das Gestapa in Berlin weitergegeben.

Auf der anderen Seite gab es aber auch negative Einschätzungen lokaler Stellen. So schlug die Staatspolizeistelle Tilsit die CV zum Verbot vor aufgrund ihrer Wahlenthaltung. Eine derartige Aussage stellt aber vor 1937 eher eine Ausnahme dar.

Resümierend kann man sagen, daß auf höchster Ebene – nach den Dokumenten waren das die entsprechenden Sektenreferate der zentralen Stellen von SD und Gestapo – eine negative Beurteilung der CV getroffen wurde, die sich einerseits auf die konfessionskundliche Literatur stützte (hier sind besonders Scheurlen und Algermissen zu nennen), die aber auch – dies geht aus den Darstellungen Beckers¹¹ und anderer hervor – aus dem Schrifttum der CV gewonnen wurde.

10 Es wäre dabei an eine Gruppe zu denken, die von einem gewissen Werner geleitet wurde; diese nannte sich teilweise auch Christliche Versammlung. SD und Gestapo führten sie unter den Bezeichnungen „Gläubige Christen“ oder auch „Gläubige Christen ohne besondere Konfession“. Die Aussagen über diese Gruppe sind fast identisch mit denjenigen über die CV: Verweigerung des deutschen Grußes, Ablehnung des Wehrdienstes, der Beteiligung an Wahlen und der Mitgliedschaft in der Partei und ihren Gliederungen u.a. Aber da diese Gruppen getrennt bei SD und Gestapo geführt wurden, ist eine Verwechslung der Glaubensgemeinschaften auszuschließen. Es ist aber möglich, daß Erkenntnisse bezüglich der Werner- Gruppe auf die 'darbystische' CV übertragen wurden. Die 'Gläubigen Christen' wurden teilweise schon im März 1937 verboten.

11 So meinte Becker (Die Wahrheit über den Bund freikirchlicher Christen. Düsseldorf 1937, S. 6), daß der Gestapo-Beamte über das Schrifttum der CV sehr gut informiert gewesen sei.

Dabei brachte man die in der CV vorherrschenden Anschauungen immer wieder ausdrücklich mit Darby in Verbindung, der – so die Recherchen – lehren würde, „dass der Christ am politischen und weltlichen Geschehen keinen Anteil nehmen solle“ und die Beschäftigung mit der Kultur ablehnte.

Die Interpretation des Darbysmus als Ablehnung aller irdischen Werte und die daraus folgende Einschätzung der CV als einer staatsfeindlichen 'Sekte' stellte nun eine Begründung für das Verbot dar, die in verschiedenen Variationen in Gerichtsurteilen, Exposés von Gestapo und Justiz immer wieder auftauchte.

Unterschiedliche Auskünfte geben die Quellen hinsichtlich der Frage, wie es mit der tatsächlichen Aufnahme von Kommunisten und Marxisten in der CV aussah; teilweise wurde lediglich von der Möglichkeit gesprochen, daß diese 'Sekte' ein Sammelbecken für derartige Personen sein könnte; in anderen Dokumenten wurde behauptet, daß in „vereinzelt Fällen“ Kommunisten aufgenommen worden seien (so wird auf ein Beispiel aus Hohenlimburg verwiesen); man liest aber auch die Formulierung, daß sich ehemalige Marxisten in der CV befinden würden.

Von Bedeutung war letztlich nur, daß man so die CV mit diesen Staatsfeinden des Dritten Reiches in Verbindung bringen konnte und damit einen politischen Grund hatte, um ein Verbot aufgrund der Verordnung vom 28.2.33 (sog. Reichstagsbrandverordnung) zu legitimieren.

Was die Frage der Organisationslosigkeit als Verbotsursache angeht, wird diese zwar gelegentlich erwähnt, aber dann sogleich in Verbindung mit anderen Punkten gebracht. So stellte eine Stapostelle in einem Exposé fest, daß sich die CV aufgrund der Ablehnung „jeder Organisationsform“ im Gegensatz zum NS-Staat befinden würde. Hingewiesen wurde aber auch auf das Fehlen einer eindeutigen Führungsstruktur und die Ablehnung der politischen Betätigung.

Ganz anders beurteilte der SD die Organisationsfrage: In dem oben schon angeführten Merkblatt wurde der CV vorgeworfen, daß ihre Ablehnung einer Organisation nicht zutreffen würde, da „die Durchführung der Propagandatätigkeit und die Erbauung von Versammlungsräumen das Gegenteil [beweisen]“ würde.

Es zeigt sich also anhand der Quellen, daß der Hauptgrund für das Verbot der CV ein ideologischer war: der die CV beherrschende Darbysmus stand in einem strikten Gegensatz zum NS-Staat und seiner Weltanschauung, da er die politische Betätigung und die Teilnahme an der Kultur aus religiösen Gründen ablehnte¹².

12 Es muß darauf hingewiesen werden, daß es sich hierbei um eine Einschätzung von Gestapo und SD und nicht um die tatsächliche Beschreibung der Situation in der CV handelte. So gab es in der CV viele, die sich an Wahlen beteiligten, in nationalsozialistische Organisationen wie bspw. der Deutschen Arbeitsfront bis hin zur NSDAP eintraten. Die meisten 'Brüder' waren deshalb völlig überrascht, daß sie als 'staatsfeindlich' eingestuft wurden. Allerdings wurden die offiziellen Lehraussagen der Gemeinschaft, was die Bereiche Politik und Kultur betraf, nicht an die, besonders ab 1933 zu beobachtende Praxis angepaßt.

Daß Sekten sich dem NS-Staat verweigerten, ist ein Vorwurf, der ihnen gegenüber immer wieder ausgesprochen wurde. So wurden in einem Vortrag über das Sektenwesen bezüglich der staatsfeindlichen Einstellung und Betätigung von Sekten u.a. folgende Punkte genannt: Erziehung ihrer Anhänger zur Gleichgültigkeit gegenüber Staat und Volk, Verweigerung des Deutschen Grußes, Ablehnung der Übernahme von Ämtern in Organisationen. Außerdem würden Sekten durch diese Einstellung die weltanschauliche Geschlossenheit des neuen Deutschlands in Frage stellen.

Auch der Vorwurf, Sekten seien Sammelbecken von Marxisten und würden damit Staatsfeinden die Möglichkeit zur Tarnung geben, wurde immer wieder erhoben.

2. Charakter des BfC

Nach der Genehmigung zur Gründung des BfC finden sich in den Quellen differenzierende Bemerkungen hinsichtlich der Zusammensetzung der CV, um die Neuorganisation einer Religionsgemeinschaft aus dem Personenkreis einer verbotenen Sekte zu rechtfertigen.

So bezeichnete man den Personenkreis, für den die Erlaubnis zur Bildung einer neuen Organisation gegeben wurde, als „auf dem Boden des Nationalsozialismus stehend“; z.T. seien es „alte Parteigenossen“, d.h. es handelte sich also um Personen, auf die die Charakterisierung, staatsfeindliche Darbysten zu sein, nicht zutraf. Diese hätten aufgrund ihrer Mitgliedschaft in nationalsozialistischen Organisationen bis hin zur NSDAP im klaren Gegensatz zu den Anschauungen der herrschenden darbystischen Richtung gehandelt; ihnen konnte daher eine Möglichkeit der religiösen Betätigung nicht verweigert werden. Sicherlich dachte man zuerst dabei an einen kleinen Personenkreis, eben an die loyalen Kräfte.

Später wurde dann noch stärker differenziert. So wurde z.B. in einem Aktenvermerk der Dortmunder Staatsanwaltschaft festgestellt, daß die führenden Männer der CV in Übereinstimmung mit den Lehren Darbys handelten, indem sie zwar die „Errungenschaften des NS-Staates“ akzeptierten, sich aber gegenüber seiner Ideologie kritisch verhielten. Viele aber wären diesen führenden 'Brüdern' nicht vollständig gefolgt; sondern hätten versucht – im Rahmen ihrer Glaubensauffassung – ein positives Verhältnis zum NS-Staat zu gewinnen. Sie wären Mitglieder in NS-Organisationen geworden, hätten dort aber keine aktive Rolle gespielt und würden auch nicht in die Partei eintreten. Eine Minderheit der jüngeren Generation wäre weiter gegangen und hätte sich in der Partei, SA usw. engagiert. Andere würden ihre Loyalität durch Geldspenden an NSDAP und NSV bekunden.

Die nachträgliche Differenzierung hinsichtlich des Personenkreises macht deutlich, worum es eigentlich ging: Auf der einen Seite sollte aufgezeigt werden, daß der Darbysmus die CV beherrschte und deshalb ein Verbot dieser 'Sekte'

notwendig gewesen war; auf der anderen Seite wurde aber auch eingeräumt, daß es loyale Kreise gab, denen man eine Möglichkeit zur Religionsausübung nicht verweigern durfte. Um aber eine Gewähr dafür zu haben, daß es sich wirklich um diesen Personenkreis und nicht um staatsfeindliche Darbysten handelte, wurde ein Aufnahmeverfahren eingeführt, das die Möglichkeit bot, alle Mitglieder staatspolizeilich zu überprüfen. Das konnte dann beispielsweise so aussehen, daß zusammen mit der schriftlichen Bestätigung für den Ortsbeauftragten (Leiter) durch Becker die Mitgliederliste der neu gegründeten Gemeinde beim Landrat eingereicht wurde. Überprüft wurde sie von der Ortspolizeibehörde und der zuständigen Orts- oder Kreisgruppenleitung der NSDAP. Zum Schluß gab dann die zuständige Staatspolizeistelle in einem Schreiben an den zuständigen Landrat ihr Einverständnis. Die staatspolizeiliche Überprüfung wurde offensichtlich bis zum Ende des BfC (1941/42) beibehalten.

Auch bei der Vereinigung der Offenen Brüder mit dem BfC Ende 37/Anfang 38 wurde dieses Verfahren angewandt. Wenn sicherlich die Überprüfungen oft nur eine Routineangelegenheit darstellten, war jedoch der BfC insgesamt gesehen damit einer umfassenden Kontrolle ausgesetzt. Auch lassen sich Beanstandungen nachweisen, wenn z.B. moniert wurde, daß die Spenden der gemeldeten Personen für die NSV und das WHW zu gering seien.

Weiterhin läßt sich aus den Quellen ablesen, daß es sich beim BfC um eine personengebundene Organisation handelte. So hieß es in einer von Heydrich gezeichneten Verfügung vom 3.6.1937, daß Becker „die Gründung eines ‘Bundes freikirchlicher Christen’ mit denjenigen Mitgliedern der ehemaligen Christlichen Versammlung gestattet worden sei“, die loyal zum Nationalsozialismus stehen würden. „Die Genehmigung [sei] leider“, so formulierte es Becker bei einer Besprechung mit maßgeblichen Vertretern der CV, „stark mit [seiner] Person verknüpft“. Wie weit nun die Konzentration der Existenz des Bundes auf die Person Beckers ging, der aufgrund seiner persönlichen Qualitäten (Weltkriegsteilnehmer, Bergwerksdirektor im Hoesch-Konzern, Freikorpskämpfer und überzeugter Nationalsozialist) ein Mann im Sinne des Regimes war, soll an einem Beispiel aufgezeigt werden. So hieß es hinsichtlich der Genehmigung für Missionsveranstaltungen des BfC in einem Schreiben des Gestapa: „Dem Leiter des ‘Bundes freikirchlicher Christen’ Dr. Hans Becker [...] ist die Abhaltung von Zeltmissionsvorträgen auch für das Sommerhalbjahr 1939 gestattet worden“. Die Leitung sei dem Prediger Dannert übergeben worden. Für 1938 liegen ähnliche Schreiben vor, die Becker in verschiedenen Teilen des Reiches diese Genehmigung erteilten.

Der Vergleich mit einer Genehmigung missionarischer Veranstaltungen für den Bund der Baptisten macht dann den Charakter des BfC deutlich. Im Hinblick auf die Baptisten hieß es nämlich, daß „das Gestapa Berlin [...] im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten mit Erlaß

vom 9.2.39 [...] angeordnet [habe]“, daß man gegen entsprechende Veranstaltungen dieser Gemeinschaft keine „Bedenken“ hätte. Der Unterschied ist grundlegend: Im Fall der Baptisten erhält die ganze Religionsgemeinschaft die Genehmigung, im Fall des BfC wird einer Person die Genehmigung erteilt, diese ist dann auch allein verantwortlich für die politische Unbedenklichkeit der Veranstaltungen.

Becker stand aber auch für eine loyale Haltung der BfC-Mitglieder gegenüber dem Staat ein; so hieß es im Vermerk eines Sachbearbeiters der Staatsanwaltschaft Dortmund, daß Becker die Erlaubnis erhalten habe, „die staatsbejahenden Mitglieder der aufgelösten Sekte unter seiner verantwortlichen Leitung in einer Organisation zu sammeln mit der Verpflichtung, für die aktive Mitarbeit der Angehörigen im neuen Staat einzustehen“.

Von Becker erwartete man aber auch, daß er mit dem Regime zusammenarbeiten würde. So hieß es schon in der Verfügung vom 3.6., daß Becker auf „Anweisung“ Heydrichs CV-Vertretern mitgeteilt hätte, daß örtliche Gründungsversammlungen des BfC verboten wären. Auch wandte sich die Gestapo an Becker, um sich über die Hintergründe der Aktivitäten von ausländischen Gegnern des BfC in Deutschland zu informieren; Becker gab dann auch die gewünschten Auskünfte.

Entscheidend für den Charakter der neuen Religionsgemeinschaft war auch, daß das Eingehen auf das Angebot des Regimes, wieder Gottesdienste abhalten zu können, es notwendig machte, sich den Bedingungen der politischen Polizei zu unterwerfen. Der zukünftige Reichsbeauftragte Becker tat dies öffentlich, indem er auf einer Zusammenkunft von ca. 1000 Vertretern örtlicher Gruppen der CV am 30.5.1937 die Forderungen des Staates nannte und sie anerkannte. Die Anwesenheit von Gestapovertretern – unter ihnen wahrscheinlich auch der zuständige Sachbearbeiter aus dem Berliner Gestapa Baatz – unterstrich die Bedeutung dieser Zusammenkunft. Zum einen wurde die Einführung von formalen Führungsstrukturen mit einem Reichs-, später Bundesbeauftragten an der Spitze, über Bezirks- und Kreisbeauftragte bis hin zu Ortsbeauftragten angekündigt. Er nannte dann aber auch die Forderung nach Staats- und Lebensbejahung; nur wer diese Bedingungen annehmen würde, sei zum Mittag eingeladen. „Abwarten“ sollten aber erst einmal die Vertreter des „Darbysmus“; als Darbysmus wurde jetzt auch von Becker die Lebens- und Staatsverneinung der CV bezeichnet¹³. Der Sachbearbeiter der oben erwähnten Staatsanwaltschaft interpretierte die Ablehnung des Darbysmus durch Becker so, daß die Meinung der Nichtbündler (damit ist die Gruppe von CV-Angehörigen gemeint, die nicht in den BfC eintreten), „der Reichsbeauftragte Dr. Becker [...] [wolle] ihre Glaubenslehre verän-

13 Rede Beckers auf der Elberfelder Zusammenkunft am 30.5.1937, abgedr. in: H. Kretzer (Hg.), Quellen zum Versammlungsverbot des Jahres 1937 und zur Gründung des BfC, Neustadt/Weinstraße 1987, S. 82-88.

dern“ insofern berechtigt sei, „als Dr. Becker auch nach religiösen Gesichtspunkten eine positive Einstellung zum Nationalsozialismus“ verlangen würde. Daraus geht hervor, daß zur Grundorientierung des BfC die klare Absage an den Darbyismus gehörte; damit hatte man aber aufgrund des politischen Drucks zumindest an einem Punkt sein gemeindliches Selbstverständnis verändert¹⁴. Dieser Vorgang läßt sich aber dann auch nicht mehr mit der Charakterisierung des BfC als einer rein äußeren Angelegenheit in Übereinstimmung bringen.

Resümierend kann gesagt werden, daß der BfC also eine scharf überwachte religiöse Gemeinschaft mit einem Reichsbeauftragten (später: Bundesbeauftragten) an der Spitze darstellte, dem persönlich die Erlaubnis zur neuen Organisation gegeben worden war, der aber auch für die politische Unbedenklichkeit der einzelnen Mitglieder verantwortlich zeichnete. Durch die Erklärung, die Becker im Mai 1937 in Elberfeld abgab, und die in der Gründungsphase von jedem mit der schriftlichen Beitrittserklärung ausdrücklich anerkannt wurde, bekundete Becker ausdrücklich seine Loyalität gegenüber dem NS-Staat.

Angemerkt sei noch, daß der BfC aber keine besonders privilegierte Religionsgemeinschaft darstellte. So erhielt man keine Körperschaftsrechte, ein Antrag zum Abhalten von sonntäglichen Kollekten wurde daher abgelehnt. Gottesdienstliche Sammlungen konnten die Brüdergemeinden erst nach der Vereinigung mit den Baptisten im BEFG wieder abhalten.

Wie fügte sich der BfC nun in den Rahmen der NS-Religionspolitik ein? Im SD wurde die Auffassung vertreten, daß „harmlose“ Sekten – lt. einer Aufgabenbeschreibung des Referats II 1134, d.h. also des zuständigen Sektenreferats im Sicherheitshauptamt – „zunächst ohne Bedenken bestehen bleiben“ könnten. Unter einer harmlosen Sekte verstand man eine Religionsgemeinschaft, die kein „Sammelbecken“ für Staatsfeinde darstellen würde, deren Veranstaltungen sich ‚streng im Rahmen der Pflege des kirchlichen Lebens‘ bewegten (d.h. also rein religiös waren) und in der die „politische oder kirchenpolitische Polemik“ (damit waren Bemühungen im Sinne der Bekennenden Kirche gemeint) abgelehnt wurde. Der BfC kann dann durchaus als Beispiel für eine „harmlose“ Sekte bezeichnet werden: Der Bund war errichtet worden, um seinen Mitgliedern die religiöse Betreuung zu ermöglichen; politische Betätigung war nur im Rahmen des NS-Staates erlaubt; gegenüber den kirchenpolitischen (Bekennende Kirche) Auseinandersetzungen hielt man auf Distanz; die politische Zuverlässigkeit der einzelnen Mitglieder war durch das Aufnahmeverfahren und nicht zuletzt durch den Reichsbeauftragten des BfC garantiert.

Was man letztlich von den Glaubensgemeinschaften erwartete, läßt sich an der Beantwortung einer Anfrage der Ordnungspolizei durch das zuständige Sektenreferat im SD-Hauptamt ablesen: Man wollte wissen, wie Beamte, die zu

14 Damit entsprach jetzt die offizielle Lehre der ‚Brüder‘ der bisher schon teilweise geübten Praxis.

einer Baptistengemeinde gehörten, behandelt werden sollten. In der Antwort hieß es, daß die Baptisten zwar eine religiöse Sekte wären, aber den NS-Staat anerkennen würden. Außerdem würde man die NSV und das WHW aktiv unterstützen. Von der CV vor dem Verbot hieß es dagegen, daß bei den 'Darbysten' – ähnlich wie bei den Bibelforschern – die Einstellung bestehen würde, eine Mitgliedschaft in der Deutschen Arbeitsfront abzulehnen.

Das macht klar, daß es nicht nur auf individuelle Verhaltensweisen gegenüber dem Regime ankam; diese waren – wie oben schon ausgeführt – auch bei vielen 'Brüdern' vorhanden. Von Bedeutung war aber letztlich, daß sich die Religionsgemeinschaft im ganzen eindeutig für den Staat aussprach.

Genau dies tat der zukünftige Reichsbeauftragte Becker bei der Gründungsversammlung des BfC am 30.5.37 in Anwesenheit von Vertretern der Gestapo, indem er sich mit aller Klarheit für den nationalsozialistischen Staat und den 'Führer' Hitler aussprach¹⁵.

Aber die Duldung dieser Sekten ist nur als eine vorläufige anzusehen. Schon Mitte der dreißiger Jahre hatte der Sektenreferent des SD formuliert, daß die „Zielrichtung der Sachbearbeitung“ in der „völlige[n] Zerschlagung und Vernichtung sämtlicher Sekten liegen“ würde.

Daß diese Absicht dann im Krieg konkrete Formen annahm, wird am Aktenvermerk einer Staatspolizeistelle deutlich. Es wurde im Hinblick auf eine bestimmte Religionsgemeinschaft zwar festgestellt, daß z.Z. noch keine Gründe für eine Auflösung der Sekte gegeben seien. Aber dann folgte die Bemerkung: „Es dürfte jedoch angebracht sein, die Sekte nach Kriegsbeendigung zur Auflösung zu bringen“.

Das Ende des nationalsozialistischen Staates 1945 vereitelte aber derartige Pläne.

Welches Resümee kann man nun ziehen? Wenn, wie dargestellt, der fast einheitliche Tenor der Literatur lautet, daß das Verbot der CV hauptsächlich durch ihre fehlende Organisation verursacht worden war, läßt sich diese Sicht von den staatlichen Quellen her nicht belegen. Die entscheidende Verbotsursache ergab sich wohl aus einem weltanschaulichen Konflikt heraus: der die CV beherrschende Darbyismus stellte eine Weltanschauung dar, die dem NS-Staat diametral entgegengesetzt war. Derartige Glaubensgemeinschaften konnten somit Sammelbecken für Staatsfeinde werden; außerdem gefährdeten sie die „Einheit und Geschlossenheit der Nation“ – so die Auffassung des SD.

Auch die Behauptung, der BfC seine eine rein äußere Angelegenheit gewesen, findet durch die Quellen keine Bestätigung. Politische Überwachung durch die Gestapo, der Zwang zur politischen Anpassung, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Regime und Veränderungen im religiösen Selbstverständnis

15 Vgl. Kretzer (Hg.), Quellen, S. 82-88 (S. 85 f).

(Distanzierung gegenüber dem Darbyismus) legen den Eindruck nahe, daß der BfC doch stärker in den NS-Staat eingebunden war, als man bisher annahm.

Diese, durch die staatlichen Quellen vermittelte Sichtweise, müßte in der Historiographie der deutschen Brüderbewegung zu entsprechenden Beurteilungen führen.

Aber die Distanz dieser Sekte ist nur als eine vorläufige anzusehen. Schon Mitte der dreißiger Jahre hatte der Sektenleiter in der Zeitschrift die Zielsetzung der Sektengliederung in der „vollständigen Sektengliederung und Verwirklichung sämtlicher Sektenglieder“ wiederholt ausgesprochen. Daß diese Absicht dann im Jahre 1935 verwirklicht wurde, wird im Vermerk eines Staatsarchivatsbeleges deutlich. Es wurde im Hinblick auf die allgemeine Religionsgemeinschaft von festgestellt, daß es noch keine Gründe für eine Auflösung der Sekte gegeben seien. Aber dann folgte die Bismarck-Jubiläumfeier, die sich nach dem 1. Weltkrieg abspielte, die die Sektengliederung zur Auflösung führte.

Das Ende des nationalsozialistischen Staates 1945 veränderte aber bestimmte Pläne. Welcher Romaner kann man nun zitiern? Wann war die Zeit der heftigen Forderungen der Sektenglieder, daß der Völkerverein durch die fehlende Organisation verursacht worden war, läßt sich nicht von den staatlichen Quellen her nicht belegen. Die entsprechende Verlautbarung ergab sich wohl aus einem weltanschaulichen Konflikt zwischen der CV und der Sekte. Darbyismus stellte eine Weltanschauung dar, die dem NS-Staat diametral gegenüberstand. Die Sektengliederung konnte somit nicht mehr als ein Mittel zur Erreichung der Ziele der NS-Diktatur angesehen werden; außerdem betrachteten sie die Führer und die Sektenglieder der Nation, so die Äußerung des FD.

Auch die Behauptung, der BfC sei eine von jüdischen Angehörigen gewesen, findet durch die Quellen keine Bestätigung. Politische Überwachung durch die Gestapo, der Versuch zur politischen Anpassung, die Beziehung zur Zionistenbewegung und Verbindungen im religiösen Selbstverständnis

genau mit dem Romaner und Verbindungen im religiösen Selbstverständnis

genau mit dem Romaner und Verbindungen im religiösen Selbstverständnis

genau mit dem Romaner und Verbindungen im religiösen Selbstverständnis

genau mit dem Romaner und Verbindungen im religiösen Selbstverständnis

17 Vermerk der Quellen Nr. 222 222